

Merkel feiert die «Energierévolution»

Die Deutungshoheit ist bei jeder politischen Entscheidung wesentlich. Das gilt auch beim Kompromiss über längere Laufzeiten von Atommeilern, den die schwarz-gelbe Regierung aushandelte.

VON FRITZ DINKELMANN

BERLIN Als Gerhard Schröder noch Kanzler war, da beschlossen Sozialdemokraten und Grüne den Ausstieg aus der Atomenergie. Die Laufzeiten der Kernkraftwerke wurden rigide begrenzt, und Deutschland setzte ein Zeichen, das in Europa und weltweit Beachtung finden sollte – das Zeichen, künftig energisch auf erneuerbare Energien zu setzen und die AKW bald ins Museum veralteter und gefährlicher Technologien zu verbannen. Doch seither ist viel passiert beziehungsweise wenig. Viel, weil sich weder Europa noch die übrige Welt von Deutschland vorschreiben lassen wollte, wie Energie erzeugt werden soll – die Atomenergie erlebte eine Renaissance. Zu wenig schnell aber entwickelten sich die erneuerbaren Energien, mit dem Effekt, dass auch die deutsche Atomlobby immer pointierter darauf hinweisen konnte, dass Kernkraft nach wie vor unverzichtbar sei.

So kam es unter der Regierung Merkel bei Union und FDP zu einer monatelangen Diskussion darüber, ob Laufzeiten von Atomkraftwerken verlängert werden sollen und welchen Preis deren Betreiber dafür zu zahlen hätten. Ausgerechnet CDU-Umweltminister Norbert Röttgen sperrte sich lange Zeit gegen ausufernde Laufzeitverlängerungen und drängte stattdessen auf eine Politik, die konsequent auf erneuerbare Energien setzt und längere Laufzeiten nur ausnahmsweise und unter strikten Vorgaben erlaubt. Röttgen geriet mit seiner Position bei der Union ins Abseits, andererseits schälte sich bald

heraus, dass es bei Schwarz-Gelb eine grosse Mehrheit gibt, die den Atomausstieg zwar nicht rückgängig machen, aber doch relativieren will.

12 Stunden lang handelten am Sonntag Union und FDP nun einen Kompromiss aus, der von Röttgen als «Fahrplan in das Zeitalter der erneuerbaren Energie» gewürdigt wird. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) lobte die Eckpunkte der neuen deutschen Atompolitik als «grossen Wurf», und Kanzlerin Merkel schwärmte gar von einer «Revolution bei der Energieversorgung»: Alte Kernkraftwerke sollen eine längere Laufzeit von 8 Jahren erhalten, jüngere sollen gar 14 Jahre länger am Netz bleiben dürfen. Im Gegenzug werden die Stromkonzerne dazu verpflichtet, ab 2011 eine Brennelementesteuer von 2,3 Milliarden Euro jährlich zu zahlen. Darüber hinaus, so Röttgen, müssten die Stromkonzerne in den nächsten Jahren einen «substantziellen Beitrag» zum Ausbau der Öko-Energie leisten.

SPD: «Ein schwarzer Tag»

Alles in allem hat die Regierung Merkel einen Vorschlag unterbreitet, der, würde er so umgesetzt, Deutschland noch drei Jahrzehnte lang an die Steckdose bindet. Doch der Widerstand ist gross. Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen längere AKW-Laufzeiten, ein Gutachten sagt, dass die EU letztlich darüber befinden müsse, und ob der Bundesrat (dort hat die Regierung keine Mehrheit) tatsächlich nicht mitreden darf bei diesem Thema, ist strittig. Die Oppositionsparteien und Umweltverbände haben massiven Widerstand angekündigt. Greenpeace-Energieexperte Tobias Münchmeyer spricht von einem «reinen Geldgeschenk der Regierung», das Deutschland schade und den Konzernen einen Reibach bringe. Das war «ein schwarzer Tag für die Energiepolitik», sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel: Die Regierung habe sich von den Stromkonzernen unter Druck setzen lassen, «damit diese weiter täglich Millionen an Zusatzgewinnen einstreichen» könnten.



Kanzlerin Merkel lobt den Atomkompromiss, Opposition und Umweltverbände reagieren verärgert. Bild Key

Energiekonzept 2050 Wichtige Eckpunkte

Atom Die Laufzeiten werden um durchschnittlich 12 Jahre verlängert. Dadurch erhöht sich die beim Ausstieg festgelegte Regellaufzeit von 32 auf 40 bis 46 Jahre. **Zahlungen** Die Konzerne müssen eine neue Atomsteuer zahlen, die dem Bund von 2011 bis 2016 fast 14 Milliarden Euro bringen soll. Für den Ausbau der Öko-Energie sollen sie zusätzlich eine Sonderabgabe von 1,4 Milliarden in einen neuen Ökostrom-Fonds zahlen. Von 2017 an, wenn Steuer und Abgabe ausgelaufen sind, sollen sie langfristig bis zu 15 Milliarden Euro aus ihren Laufzeitgewinnen für den Fonds abgeben. **Windkraft** Über die Staatsbank KfW wird ab 2011 der Ausbau von Windparks in der Nordsee gefördert. Die Genehmigungsverfahren werden vereinfacht. **Kohle** Bei der Stromgewinnung aus Kohlekraftwerken soll die Technik zur Abscheidung und unterirdischen Speicherung des Klimakillers Kohlendioxid (CO₂) vorangetrieben werden.

Situation in der Schweiz Gesuche für drei neue AKW sind eingereicht

BERN Deutschland will zwar aus der Atomenergie aussteigen, lässt nun aber seine Atomkraftwerke länger am Netz. Neue AKW sollen aber nicht mehr gebaut werden. Anders in der Schweiz: Hier sollen neue Atomkraftwerke die Stromversorgung langfristig sichern. Anfang Februar 2007 hatte der Bundesrat die Strategie für seine Energiepolitik festgelegt. Eine drohende Stromlücke will er mit Atom- und Gaskombikraftwerken sowie mit Aktionsplänen für Energieeffizienz und erneuerbare Energien schliessen. Die Landesregierung setzt demnach weiterhin auf die Atomener-

gie. Sie erachtet den Ersatz der bestehenden oder den Neubau von Atomkraftwerken für notwendig.

Der Bundesrat stützt sich auf das Kernenergiegesetz (KEG), das seit 2005 in Kraft ist. Das KEG hält die Option Kernenergie offen. Kernkraftwerke sollen so lange am Netz bleiben, wie ihre Sicherheit gewährleistet ist. Neue Kernanlagen werden dem fakultativen Referendum unterstellt. Im Juni 2008 hatte Alpiq ein Gesuch für ein neues Atomkraftwerk (AKW) in Gösgen eingereicht. Axpo und BKW haben im Dezember mit Gesuchen für Neubauten in Beznau und Mühleberg nachgezogen.

Ein Ausstieg war aber auch in der Schweiz ein Thema: Im September 1990 sprachen sich die Schweizer Stimmberechtigten für einen zehnjährigen AKW-Baustopp aus. Die Atomausstiegs-Initiative lehnten sie aber ab. Im Jahr 2000 lief das zehnjährige AKW-Moratorium aus. Dies und das Inkrafttreten des CO₂-Gesetzes gaben den Atomkraftbefürwortern neuen Auftrieb. 2003 wurden die Atom-Initiativen «Strom ohne Atom» (für einen Atomausstieg) und «Moratorium Plus» (für ein weiteres zehnjähriges AKW-Moratorium) an der Urne klar verworfen. (sda)

Journal

Waffenruhe: Spanien weist ETA zurück

MADRID Spanien hat die von der baskischen Untergrundorganisation ETA verkündete Waffenruhe entschieden zurückgewiesen. Die Erklärung sei «unzureichend», die Gruppe müsse der Gewalt «vollständig und endgültig» abschwören, sagte Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba. Die ETA habe die Waffenruhe zudem nur verkündet, weil sie in ihrem Kampf «nicht mehr weitermachen» könne.

Silvio Berlusconi lehnt Pakt mit Gianfranco Fini ab

ROM Der italienische Regierungschef Silvio Berlusconi hat das Angebot seines Ex-Verbündeten Gianfranco Fini, einen «Pakt» bis zum Ende der Legislaturperiode zu schliessen, abgelehnt. Ziel Finis sei es, der Regierung «zu schaden», wurde Berlusconi von der Tageszeitung «La Stampa» zitiert.

Herbst der Proteste in Frankreich hat begonnen

PARIS Noch vor Beginn der Renten-debatte im Parlament sind die Lehrer in Frankreich in den Streik getreten. Für heute sind auch Arbeitsniederlegungen bei der Bahn, im öffentlichen Dienst und in Banken geplant. Allerdings schlossen sich die Lehrer eher zögerlich dem Streik an – den Gewerkschaften zufolge liessen 30 Prozent der Lehrkräfte die Arbeit ruhen, nach amtlichen Angaben nur sechs Prozent. Die Regierung will das Renteneintrittsalter von 60 Jahren bis 2018 auf 62 Jahre erhöhen.

Glückstag für entlegenes Seitental

Die Afghanistanhilfe Schaffhausen hat den Bau eines Spitals in der Provinz Bamijan mit 75 000 Dollar unterstützt.

VON ELISABETH STIMMING

BAMIJAN Walid hat Glück. Wenn der kleine Junge einmal krank wird, ist künftig ein Arzt in der Nähe. Der Vater wird Walid dann aus dem hochgelegenen Dorf mit seinen staubbedeckten Lehmbauten hinunter in die neue Klinik bringen. Das Krankenhaus in einem Seitental in der Provinz Bamijan in Zentral-Afghanistan ist ein Projekt der einheimischen Hilfsorganisation Schohada und wurde von der Afghanistanhilfe Schaffhausen mit rund 75 000 Dollar finanziert. Von der Grundsteinlegung bis zur Eröffnung verging nur knapp ein Jahr. «Wir sind sehr froh, dass wir hier helfen können – dank der vielen Spender in der Schweiz», sagte Vreni Frauenfelder, Gründerin der Afghanistanhilfe, die zur Eröffnung nach Bamijan gekommen war.

Hilfe war bitter nötig: In den sechs Dörfern der Gemeinde Kamati leben rund 6000 Menschen. Während der fünf Wintermonate des Jahres wird es dort, in 3600 Metern Höhe, eisig kalt, und die Familien sind von der Aussenwelt abgeschnitten – Schnee blockiert die unbefestigte Strasse, die mit ihren Schlaglöchern und Aufbrüchen schon im Som-

mer schwer zu befahren ist. Walids Vater Mohammed Aschraf hat vor einem Jahr seine damals einjährige Tochter verloren – das Kind starb an einer Grippe. «Ich habe sie fünf Kilometer weit durch den Schnee getragen und konnte dann ein Auto mieten. Doch sie starb auf der Hälfte des Weges – ich habe sie dann nach Hause gebracht», erzählt Aschraf dem Team des Schweizer Fernsehens, das die Eröffnung filmt. Ein Dutzend Menschen haben den letzten Winter in Kamati nicht überlebt, und seit Menschengedenken starben immer wieder Frauen im Kindbett. Das wird sich nun ändern: In der Klinik werden ein Allgemeinmediziner, zwei Schwestern und eine Reinigungskraft arbeiten, ein Mann sorgt für die Sicher-

heit. Impfungen und Geburtshilfe, die Versorgung von Infektionen und Brüchen sowie einfache Operationen können dort geleistet werden. Das Gebäude bekommt Strom über Solarzellen und hat eine eigene Wasserversorgung.

Ein Problem gibt es dennoch: Im ersten Jahr wird Schohada die Betriebskosten für die Klinik übernehmen. Dann, so Sima Samar, Gründerin der Schohada und Leiterin der afghanischen Menschenrechtskommission, soll das Gesundheitsdepartment von Bamijan die Kosten tragen. Aber: «Sie müssen auch selbst mitarbeiten, die Klinik pflegen und erhalten», wendet sich Sima Samar an die Dorfbewohner. Auch Gouverneurin Habiba Sorabi appelliert an ihre Leute: «Wir wissen,

dass diese Region Hilfe braucht. Aber wir können nicht alles machen, die Mittel reichen nicht. Die Strasse zum Beispiel könnten sie selbst reparieren.»

Hadschi Mudschahid, Chef des Ältestenrates, ist glücklich über die Klinik, das Hauptproblem der Gemeinde ist damit gelöst. Doch es gibt noch eins – die Kommunikation zwischen Kamati und der Aussenwelt ist besonders im Winter nicht möglich: «Wir können im Notfall niemanden erreichen.» Dazu gibt es in Kamati immer noch keine Elektrizität.

Walids Vater hat ganz andere Sorgen. Mit seiner Familie lebt er weit oben am Berg in seinem winzigen Elternhaus, bewohnt ein einziges Zimmer, in dem zweiten wohnten einst Flüchtlinge, jetzt steht es leer. Er ist Tagelöhner und hat die Klinik mitgebaut – nun ist er wieder ohne Arbeit. «Es gibt keine Jobs», sagt er verzweifelt. Bis zu seiner Hochzeit vor vier Jahren hat der Dreissigjährige sechs Jahre lang in Isfahan in Iran gearbeitet, davon seine Eltern ernährt. Sie sind gestorben, und er ist nach Kamati zurückgekehrt.

Mohammed Aschraf hat keine Tiere, kein Getreide, er ist allein auf seine Arbeit als Bauarbeiter angewiesen. In der Woche gibt es bei ihm und vielen anderen Familien Fladenbrot und Tee, einmal in der Woche Reis und Kartoffeln, einmal im Jahr Fleisch. In diesem Monat ist Ramadan, der islamische Fastenmonat. Die Menschen nehmen dieses Gebot ernst – selbst zur Eröffnung der Klinik gibt es nichts. Nur den angereisten Ehrengästen werden Bonbons gereicht.



Vor dem Rundgang durch die neue Klinik wird ein Band vor dem Eingang durchgeschnitten: (von links) Schohada-Gründerin Sima Samar, Vreni Frauenfelder, Gouverneurin Habiba Sorabi, Bauingenieur Hussein Matin. Bild Elisabeth Stimming